

Erinnern heißt kämpfen!

Im Januar 2020 kam es am „Tag des Gedenkens an die Opfer des Faschismus“ zu einer Provokation durch den Braunschweiger AfD-Ratsherrn Stefan Wirtz auf der KZ-Gedenkstätte Schillstraße. Wirtz, ein notorischer Störenfried auf KZ-Gedenkstätten, setzte mit Hilfe der Braunschweiger Polizei seine Anwesenheit bei der Veranstaltung durch und trat damit das Gedenken an die Opfer des Faschismus mit Füßen. Angeklagt sind jetzt einige Antifaschisten, die ihm damals angeblich im Weg standen.

Die autoritäre Welle rollt

Dass autoritäre Kräfte seit Jahren weltweit im Aufwind sind, ist selbst in den bürgerlichen Medien kein Geheimnis mehr. Parteien und Organisationen, wie die AfD, die offen für die Entrechtung und Unterdrückung von Menschen eintreten, praktizieren den Schulterschluss mit den Faschist*innen auf der Straße. Provokation ist dabei nicht Begleiterscheinung ihrer Politik, sie ist wesentlicher Teil ihrer Politik. Ob „Sturm auf den Reichstag“, Einladung von Nazi-Youtuber*innen in den Reichstag oder das Verschieben der Grenzen des Sagbaren durch dauerhafte Provokation mit dem vormals Unsagbaren, das alles und noch viel mehr sind direkte Machtexempel. Machtexempel die auch zeigen, wie zögerlich und oftmals sogar wohlmeinend bürgerliche Gesellschaft und staatliche Organe auf autoritäre Ideologien und Handlungen reagieren.

Stefan Wirtz:

ein notorischer Störenfried auf KZ-Gedenkstätten

Auf dem Weg zur Macht könnte das Gedenken an die Opfer des Faschismus stören. Dass Faschismus nicht mit Konzentrationslagern startet, zu denen er

führt, dass den Anfängen zu wehren ist, das möchten Demagogen wie Stefan Wirtz gerne vergessen machen. Er ist dabei kein unbeschriebenes Blatt: Wirtz ist beispielweise „ausdrücklich unerwünscht“ bei Veranstaltungen in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, nachdem er den damaligen Leiter der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Jens-Christian Wagner, während einer Gedenkveranstaltung verbal angriff. Wirtz forderte auch, die städtischen Fördergelder für die Gedenkstätte Schillstraße in Braunschweig zu streichen. Er ist also mitnichten ein Ausnahme-AfDler, der nur an einer Gedenkveranstaltung teilnehmen wollte, weil er ihren Inhalt teilte. Im Gegenteil, seine Auftritte sind professionelle Provokation. Den Unmut, der ihm zu Recht von Antifaschist*innen entgegenschlägt, wenn er als Anhänger einer Partei voller Nazis, Rassist*innen und Antisemit*innen das Gedenken der Opfer mit Füßen tritt, nimmt er nicht ernst, es ist Teil seiner Show. Er zieht die Aufmerksamkeit auf sich und aus einem Gedenktag an die Opfer des Faschismus wird ein würdeloses Kasperletheater.

Die Polizei, mal wieder ein Wegbereiter des Faschismus

„Viele Beamte der Bundespolizei sympathisierten mit „Parteien des rechtsnationalen Spektrums“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei.“ (SZ, 24.6.2019) Das zeigt sich bei nahezu jeder politischen Veranstaltung. Als beispielsweise im November 2020 in Leipzig Journalist*innen von Nazis angegriffen wurden, nachdem diese die nicht ernst gemeinten, absichtlich zu mager aufgestellten Reihen der Polizei durchbrechen durften, sprachen Polizist*innen davon, die angegriffenen Reporter*innen hätten durch ihre Anwesenheit „provoziert“.

Ganz anders steht es um die Provokation durch Stefan Wirtz am 27.1.20 in Braunschweig: Ein Beamter tat sich während der gesamten Veranstaltung besonders durch seine engagierten Versuche hervor, Besucher*innen der Gedenkveranstaltung beiseite zu drängen, die – tatsächlich oder nur in seinen Augen – Wirtz im Wege standen. Er ist auch neben Wirtz der einzige Zeuge in diesem Verfahren. Willkürlich ordnete er im Nachgang Personen angebliche Straftaten gegen seinen AfD-Schützling zu, offensichtlich ohne Kenntnis von deren tatsächlichen Identitäten zu haben und mit einem Überschwung an Phantasie. Während Nachwuchs nazis in Braunschweig seit vielen Jahren von

der Polizei geschützt werden, ihre Gewalttaten und Morddrohungen vom Sprecher der Polizei verharmlost werden, quasi aus Schlägen Schubser werden, hält es die Braunschweiger Polizei mit Antifaschist*innen diametral entgegengesetzt: hier blüht die Phantasie, hier wird aus antifaschistischem Protest eine polizeiliche Vorladung wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung und Nötigung gezimmert.

Staat und Nazis Hand in Hand

Im Streit um die Gedenkkultur, und damit um die Frage, was das Gedenken an die Opfer tatsächlich noch bedeutet, hat sich das Braunschweiger Amtsgericht durch die Zulassung dieser absurden Anklage positioniert. Ein Provokateur und die Behauptungen eines Polizisten reichten, um mehrere Antifaschisten vor Gericht zu zerren. Während Polizei und Gerichte in Braunschweig seit vielen Jahren wegschauen und leugnen, wenn sich faschistische Banden mit Hetze, Drohungen und Gewalt breitmachen, entwickeln sie gegen fortschrittliche Kräfte einen Verfolgungswillen, der vor der Erfindung von Straftaten und ihrer willkürlichen Zuordnung zu vermeintlich Anwesenden nicht haltmacht.

Es gibt in unserer europäischen Nachbarschaft ausreichende aktuelle Beweise, dass bürgerliche Staaten sich rasch in autoritäre Regime verwandeln können, dass aus Meinungen Hetze wird und aus Hetze Gesetze. Den Kampf gegen die autoritäre Welle, den Kampf um das Gedenken an die Opfer des Faschismus und noch vieles mehr können wir nicht dem Staat überlassen, wir müssen diese Kämpfe selbst führen, natürlich auch gegen den Staat.

Aus dem Gedenken an die Opfer des Faschismus erwächst die Verpflichtung zum antifaschistischen Widerstand!

Es sind mehrere Prozesse geplant! Verfolgt die Prozessführung und lest die Prozessberichte auf antifacafe.net!



Sozialistische Jugend - Die Falken
Kreisverband Braunschweig